

**INFORMATIONEN ÜBER DIE VERARBEITUNG
PERSONENBEZOGENER DATEN BEI
MELDUNGEN ÜBER MUTMASSLICHES
FEHLVERHALTEN
gemäß Art. 13 der Verordnung (EU)
2016/679**

DATENSCHUTZPOLITIK

Die folgenden Informationen richten sich sowohl an die Verfasser von Meldungen über mutmaßliches Fehlverhalten als auch an die Personen, auf die sich der Inhalt der Meldung bezieht, die den AGN ENERGIA-Gesellschaften über das spezielle Meldeportal (<https://quirisholding.integrityline.com>) oder per Post an Organismo di Vigilanza di AGN Energia Spa - Via Gabriele d'Annunzio, 2/75, 16121 Genova GE - zur Kenntnis gebracht werden; in einigen Fällen kann die Bearbeitung der Meldung die Verarbeitung personenbezogener Daten beinhalten, die sich auf andere Personen beziehen (z. B. Betreuer, Kollegen und Verwandte des Meldenden).

Die zu meldenden Straftaten oder Verstöße beziehen sich auf Verhaltensweisen, Handlungen oder Unterlassungen innerhalb der Organisation, die den Interessen und der Integrität des Unternehmens schaden und von denen der Meldende aufgrund seines Rechtsverhältnisses zum Unternehmen Kenntnis erhalten hat.

Die Meldungen können sich auf relevante rechtswidrige Handlungen gemäß dem Gesetzesdekret 231/2001 oder auch auf Verstöße gegen die dort vorgesehenen Organisations- und Managementmodelle beziehen. Eine vollständige Beschreibung der Verstöße, die gemeldet werden können, finden Sie in Artikel 2 des Gesetzesdekrets 24/2023.

Für die Datenverarbeitung Verantwortlicher und Kontaktangaben

Der Verantwortliche der Datenverarbeitung ist das Unternehmen **AGN Energia S.p.a.** mit Sitz in 10088 Volpiano (TO), Via Amalfi 6, und Hauptverwaltung in Via Gabriele d'Annunzio, 2/75, 16121 Genova GE, E-Mail Adresse privacyagn@agnenergia.com, die Telefonnummer ist in der Rubrik „Kontakte“ auf der Website www.agnenergia.com angegeben.

Das Unternehmen hat einen Datenschutzbeauftragten (DSB) ernannt, der unter der folgenden E-Mail-Adresse zu erreichen ist: dpo@agnenergia.com.

Verarbeitete personenbezogene Daten und Herkunft der Daten

Die Bearbeitung von Meldungen kann die Verarbeitung gewöhnlicher personenbezogener Daten (z. B. Personalien, berufliche Funktion), aber auch - je nach Inhalt und den beigefügten Unterlagen - besonderer Kategorien personenbezogener Daten (z. B. Gewerkschaftszugehörigkeit, Gesundheitsdaten) und personenbezogener Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten umfassen.

Die Verarbeitung besonderer Datenkategorien erfolgt gemäß Artikel 9 Absatz 2 Buchstabe b der Datenschutz-Grundverordnung; die Verarbeitung von Daten über strafrechtliche Verurteilungen und Straftaten erfolgt gemäß Artikel 10 der Datenschutz-Grundverordnung unter den in Artikel 2 Absatz 3 Buchstabe a genannten Bedingungen.

Bei den zu verarbeitenden personenbezogenen Daten handelt es sich um solche, die von der meldenden Partei zur Verfügung gestellt werden, sowie um solche, die von der Gesellschaft im Rahmen der für die Beurteilung des gemeldeten Sachverhalts erforderlichen Untersuchungstätigkeiten eigenständig erhoben werden können.

Zweck der Verarbeitung personenbezogener Daten und obligatorische Bereitstellung von Daten

Das Unternehmen verarbeitet die vorgenannten Daten zu folgenden Zwecken:

- a) die Bearbeitung von Meldungen gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c der DSGVO, Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe c, gemäß Gesetz 179/2019 und Gesetzesdekret 24/2023;
- b) die Verfolgung des berechtigten Interesses des Unternehmens gemäß Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe f der Datenschutz-Grundverordnung, bestehend aus:
 - zum Schutz des Unternehmens in Gerichts- oder Verwaltungsverfahren oder bei außergerichtlichen Streitigkeiten;
 - Bei der Anwendung von Disziplinarmaßnahmen gemäß dem Organisations- und Kontrollmodell, das von der Gesellschaft angenommen wurde.

Die Bereitstellung von Daten ist nicht obligatorisch, da die Meldung freiwillig ist und die Entscheidung darüber, welche personenbezogenen Daten - auch in Bezug auf andere Personen - bereitgestellt werden sollen, dem Meldenden überlassen bleibt.

Schutz der Vertraulichkeit

Um die gesetzlich vorgeschriebene Vertraulichkeit zu wahren, können nur Personen, die von der Gesellschaft ausdrücklich zur spezifischen Verarbeitung ermächtigt wurden, die Meldung mit der Identität des Meldenden und der anderen darin genannten Personen in Verbindung bringen.

Die aufgrund einer Meldung durchgeführten Ermittlungen können dazu führen, dass die Meldung als unbegründet zurückgewiesen wird oder dass die gesammelten Informationen an die zuständigen internen oder externen Stellen weitergeleitet werden, damit diese geeignete Maßnahmen ergreifen. Sollte es aus ermittlungstechnischen Gründen erforderlich sein, dass andere Personen innerhalb des Unternehmens vom Inhalt der Meldung oder der ihr beigefügten Unterlagen Kenntnis erhalten, so dürfen die Identität des Meldenden oder andere Informationen, die direkt oder indirekt seine Identifizierung ermöglichen, diesen anderen Personen nicht mitgeteilt werden. Wenn die Möglichkeit einer Beanstandung der rechtswidrigen Handlung ganz oder teilweise auf der erhaltenen Meldung beruht und die Kenntnis der Identität des Meldenden unerlässlich ist, damit die gemeldete Person sich vor Gericht verteidigen kann, wird der Meldende schriftlich von der Gesellschaft benachrichtigt. Die Meldung darf jedoch nicht zu disziplinarischen Zwecken verwendet werden, ohne dass der Meldende selbst seine ausdrückliche Zustimmung zur Offenlegung seiner Identität gegeben hat.

Das Unternehmen schützt auch die Identität der in der Meldung genannten Personen bis zum Abschluss der Verfahren, die aufgrund der Meldung eingeleitet wurden, und gewährleistet dabei die gleichen Garantien wie für den Meldenden.

Aufbewahrungsfristen für personenbezogene Daten

Personenbezogene Daten, die für die Bewertung der Meldung eindeutig nicht von Nutzen sind, werden, soweit möglich, unverzüglich gelöscht. Die Meldungen und die dazugehörige Mitteilung werden fünf Jahre lang aufbewahrt, gerechnet ab dem Zeitpunkt der Mitteilung des endgültigen Ergebnisses des Meldeverfahrens.

Empfänger von personenbezogenen Daten

Personenbezogene Daten können als für die Verarbeitung Verantwortliche von den Lieferanten der Produkte verarbeitet werden, die den Betrieb des computergestützten Kommunikationskanals für die Übermittlung von Meldungen und der Plattform für die Einreichung von Meldungen ermöglichen. Unbeschadet der Berichts- und Meldepflichten des Unternehmens werden personenbezogene Daten nicht an Dritte weitergegeben oder verbreitet.

Welche RECHTE haben Sie als betroffene Person?

Betroffene Personen können ihre Rechte gemäß den Datenschutzvorschriften auf folgende Weise ausüben:

- Der Meldende hat das Recht, jederzeit eine Bestätigung über das Vorhandensein oder Nichtvorhandensein der übermittelten Daten zu erhalten; er hat auch das Recht, die Berichtigung unrichtiger personenbezogener Daten und die Vervollständigung unvollständiger Daten zu verlangen und gegebenenfalls jedes andere in KAPITEL III der Datenschutz-Grundverordnung vorgesehene Recht auszuüben. Diese Rechte können ausschließlich über den für die Meldung verwendeten Kommunikationskanal ausgeübt werden (spezielles Meldeportal: <https://quirisholding.integrityline.com> oder per Post an Organismo di Vigilanza di AGN Energia Spa - Via Gabriele d'Annunzio, 2/75, 16121 Genova GE); auf anderem Wege eingereichte Anträge werden von der Gesellschaft nicht berücksichtigt und unverzüglich gelöscht;
- alle anderen Personen, unabhängig davon, ob ihre personenbezogenen Daten im Zusammenhang mit einer Meldung verarbeitet werden oder nicht, können ihre Rechte ausschließlich über die Datenschutzbehörde (Garante Privacy) in der in Artikel 160 des Datenschutzgesetzes vorgesehenen Weise geltend machen. Gemäß Artikel 13 des Gesetzesdekrets 24/2023 und des darin genannten Artikel 2-undecies des Datenschutzgesetzes kann, wenn durch die Ausübung der Rechte gemäß den Artikeln 15 bis 22 der Datenschutz-Grundverordnung (DSGVO) eine tatsächliche und konkrete Beeinträchtigung der Vertraulichkeit der Identität des meldenden Individuums entstehen kann, diese Rechte weder durch eine Anfrage an das Unternehmen noch durch eine Beschwerde gemäß Artikel 77 der DSGVO ausgeübt werden.

Datum der Aktualisierung: 01.07.2023